

Arbeitskreis Wohnungsnot  
Rostocker Straße 34  
10553 Berlin

## Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 24. Juni 2021

**Marcel Schwemmlin**  
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de  
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin  
Dorotheenstraße 56  
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Sehr geehrte Frau Bitzker,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin. Die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten:

1. Wie positioniert sich Ihre Partei zum Ziel des Europaparlaments zur Beendigung der Obdachlosigkeit in der EU in bis 2030?

Die FDP betrachtet das Ziel positiv. Das Vorgehen des EU-Parlaments ist ein guter Vorstoß, um die Problematik stärker ins Bewusstsein zu rücken und gemeinsame Lösungen zu finden. Die Obdachlosigkeit ist (auch) ein Länder- und Staatenübergreifendes Problem. Das drückt sich bspw. dadurch aus, dass viele Obdachlose in Berlin aus anderen EU-Staaten kommen. Aus diesem Grund muss das Problem im Einklang mit anderen Regierungen angegangen werden.

2. Welche Schritte planen Sie zur Beendigung von Wohn- und Obdachlosigkeit in Berlin? Was wollen Sie konkret in den ersten 100 Tagen Ihrer Regierungszeit umsetzen?

In einer Regierung würden wir bzgl. der Beendigung von Wohn- und Obdachlosigkeit drei Schwerpunkte setzen:

Als erstes würden wir einen größeren Fokus auf Präventionsarbeit legen. So wollen wir unterstützende Leistungen eher für Menschen statt für Beton. Wohngeld ist in diesem Sinne gerechter, kostengünstiger und zielgerichteter als die breitflächige Subventionierung geförderten Wohnraums. Bei Wohngeldanträgen, die alle Mitglieder eines Haushalts einschließen, soll den wohngeldberechtigten Antragsstellerinnen und Antragsstellern bei maximaler Förderung automatisch die Hilfe der zuständigen Stelle vermittelt werden, um präventiv eine weitere Gefährdung des Mietverhältnisses und drohende Wohnungslosigkeit abzuwenden. Zudem sind wir diesbezüglich gegen die Kommunalisierung bestehenden Wohnraums.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen ein gewisses Kontingent an Wohnungen aus dem Bereich Geschütztes Marktsegment vorweisen, die nur von Menschen bezogen werden dürfen, die sich auf dem Wohnungsmarkt nicht ohne fremde Hilfe mit Wohnraum versorgen können. Dieses Kontingent wird seit Jahren unterschritten. Wir wollen daher darauf hinwirken, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihren gemeinwohlorientierten Auftrag erfüllen und in ihren Immobilien und bei Neubauten die vereinbarte Anzahl an Wohnungen aus

dem Geschützten Marktsegment anbieten. Außerdem wollen wir die Anzahl erhöhen und an die Bedarfe anpassen.

Zudem wollen wir das Angebot an sog. Trägerwohnungen - allen voran durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften - signifikant erhöhen, da diese für wohnungslose Menschen angesichts des angespannten Wohnungsmarktes derzeit oft der einzig realistische Zugang zu Wohnraum sind. Wir setzen uns dafür ein, dass diese nicht mehr unter das Gewerbemietrecht fallen. Wir wollen stattdessen für den von sozialen Trägern ohne Gewinnerzielungsabsicht vermieteten Wohnraum das Mietrecht für Wohnungen anwenden, das den Bewohnerinnen und Bewohnern eine höhere soziale Sicherheit bietet. Zudem dürfen Trägerwohnungen nicht länger als Zweckentfremdung von Wohnraum definiert werden. Wir wollen uns hierbei auch ggü. privaten Mietern öffnen, damit diese in diesen Vorgängen einbezogen werden können.

Wir wollen für Wohnungs- und Obdachlose den Zugang zum Hilfesystem vereinfachen. Viele soziale Leistungen und Hilfen werden nicht abgerufen, weil die Verwaltungsvorgänge und Anträge zu kompliziert gestaltet sind. Daher fordern wir, dass sämtliche Formulare, Informationen und Hilfsangebote sowie jedweder Schriftverkehr möglichst einfach verständlich sein müssen.

Ferner wollen wir präventiv mit Bildung gegen Obdachlosigkeit vorgehen. Besonders Jugendobdachlosigkeit soll hier im Fokus stehen, da Minderjährige oftmals nicht in der Lage sind, eigenverantwortlich für ihre Wohnsituation zu sorgen. Wir wollen daher verstärkt Informations- und Präventionsmaßnahmen in Jugendämtern und Jugendhilfeeinrichtungen einleiten und umsetzen. An Schulen soll es zudem mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter geben, um gefährdeten Jugendlichen schneller helfen zu können.

Als zweiten Schwerpunkt wollen wir die Zuständigkeiten und Verwaltungsabläufe in Berlin generell neu regeln, da die Kommunikation bei den Bezirksämtern mangelhaft ist. Zuständigkeiten-Wirrwarr und unklare Verantwortungsbereiche beherrschen momentan das Verwaltungshandeln. Wir wollen daher ein stringentes Steuerungsmodell in der öffentlichen Verwaltung anwenden, das die Umsetzung politischer Ziele sicherstellt und dabei Freiheiten in der Priorisierung der Umsetzung belässt. Zudem soll es die Entscheidungsfähigkeit und -verantwortung konsequent fördern, die Regeleinhaltung beim Verwaltungshandeln systematisch überwachen sowie die Ergebnisse und Leistungen des Verwaltungshandelns systematisch evaluieren. Wir brauchen ein Verwaltungs-Cluster, was abseits von Referaten und Dezernaten das fachbereichsübergreifende und interdisziplinäre Arbeiten und Entscheiden fördert und ermöglicht. Im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe fordern wir in diesem Zusammenhang eine „Berliner Strategie“ mit einer zentralen Koordinierungsstelle auf Landesebene und zentralen Fachstellen der Wohnungssicherung in allen Berliner Bezirken.

Die Prävention der Wohnungslosigkeit leidet unter dem Grundproblem teilweise unklarer Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken sowie verschiedenen Herangehensweisen in den Bezirken. Zur effektiveren Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedarf es daher einer „Berliner Strategie“ als landesweites Gesamtkonzept, das von einer Koordinierungsstelle auf Landesebene fortlaufend geprüft und weiterentwickelt wird. Diese Strategie soll mit allen relevanten Akteuren (Senat, Bezirksämter, Jobcenter, Experten, Träger der Wohnungslosenhilfe etc.) entwickelt werden, um dauerhaft aufeinander Vorgehensweisen und eine Koordinierung zu gewährleisten. So wollen wir einheitliche Standards bei Förderentscheidungen und Hilfsangeboten schaffen.

Die Koordinierungsstelle auf Landesebene behält den Überblick über die gesamte Bandbreite an Angeboten und passt diese fortlaufend den lokalen Bedarfen an, die unter anderem auf Grundlage einer Berliner Obdach- und Wohnungslosigkeitsstatistik ermittelt werden. Konkret soll sie unter anderem ein ausbaufähiges Netzwerk aus allen relevanten Akteuren aufbauen, weitere Strategien gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit planen und weiterentwickeln, die Situation (statistisch) analysieren und neue (bestehende) Angebote für bestimmte soziale Gruppen (weiter)entwickeln.

Die Berliner Strategie soll nach einheitlichen Standards in allen Berliner Bezirken durch sogenannte Zentrale Fachstellen (One-Stop-Shops) zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit umgesetzt werden. Diese fungieren als zentrale Anlaufstelle für Hilfesuchende aller relevanten Problematiken (Mieter- und Schuldnerberatung, Ordnungs- und Sozialrecht, Wohnungsmarkteinschätzung, Wohnraumvermittlung usw.) von Wohnungslosen. Daneben soll ein besonderer Fokus auf die Prävention von Wohnraumverlust liegen. Hierbei sollen spezielle Präventions-Teams begleitende und beratende Maßnahmen (Mietsicherungen, Darlehen, Nachbetreuung usw.) für Betroffene umsetzen.

Als dritten Schwerpunkt wollen wir von Beginn an das Hilfesystem stärken. Zunächst wollen wir hierfür einen zentralen, einfachen und für jeden schnell zugänglichen Angebotskatalog schaffen, damit das gut ausgebaute Netz an sozialen Einrichtungen kommunikativ und unproblematisch genutzt werden kann. Zudem soll die Berliner koordinierungsstelle mit diesem Katalog verknüpft sein.

Des Weiteren wollen wir die „Housing First“ Strategie umfassend stärken und umsetzen, um so vielen Wohnungs- und Obdachlosen, die im klassischen System durch eine Bedingungsüberforderung sonst ausgeschlossen werden, sofort und unverzüglich helfen zu können. Mit diesem Programm können Menschen sofort ohne eine vorherige Erlangung von Wohnfähigkeit dauerhaft in Wohnraum gebracht werden. Durch eine solche Absicherung können die Betroffenen die notwendige Motivation entwickeln, ihre Situation zu erhalten und zu verbessern. Auch die Distanz zum ehemaligen sozialen Umfeld fördert diese Entwicklung. Hierbei unterstützen wir insbesondere die „Housing First“ Strategie für Frauen, die so in ein sicheres Umfeld integriert werden können.

Wir wollen erreichen, dass die UnterkunftsKapazitäten flexibel (saisonal) und unbürokratisch zur Verfügung stehen und dem aktuellen Bedarf (auch bzgl. Minderjährigen und Frauen) angepasst werden. Engpässen, insbesondere im Winter, wollen wir mit Modulare Unterkünften und temporären Lösungen wie Traglufthallen entgegenwirken.

Die Arbeit der Streetworker soll weiter intensiviert werden, denn die Menschen auf der Straße brauchen einen leichten Zugang zu Hilfe. Drop-in-Angebote und begleitende Sozialarbeit, in Verknüpfung mit der sozialen Koordinierungsstelle, wollen wir ausbauen. Die Schulen, Jugendfreizeitstätten und Jugendämter müssen enger und rascher zusammenarbeiten. Wir wollen sicherstellen, dass aus der Haft Entlassene vor der Entlassung aus dem Gefängnis rechtzeitig Hilfe angeboten bekommen. Auch wollen wir die gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements gegen Obdachlosigkeit der zahlreichen Ehrenamtsinitiativen, Vereine, NGOs und weiterer Formen der Freiwilligenarbeit durch geeignete, die Freiwilligenarbeit unterstützende Maßnahmen, fördern.

Obdachlose leiden durch nächtlicher Witterung, fehlender Rückzugsorte und oftmals auftretender Drogenproblematiken an gesundheitlichen Problemen. In diesem Sinne wollen wir auch eine präventive und integrative Gesundheitsversorgung gewährleisten. Die Leitgedanken hierfür sind die adäquate

Bereitstellung, die einfache Zugänglichkeit, die Angemessenheit und finanzielle und personelle Leistbarkeit der Versorgung. Zudem orientieren wir uns bei der Verbesserung der Versorgung an den Vorschlägen der European Federation of National Organisations Working with the Homeless (FEANTSA). Des Weiteren wollen wir die Finanzierung von Schwerpunktpraxen für Wohnungslose sichern und Einrichtungen für die körperliche Hygiene von Wohn- und Obdachlose schaffen.

3. Wie positioniert sich Ihre Partei zum möglichen Masterplan zur Beendigung der Wohnungsnot in Berlin?

Wir Freien Demokraten sehen bei dem möglichen Masterplan überwiegend Punkte, die wir unterstützen, und einige Punkte, bei denen wir andere Wege einschlagen würden. Bzgl. der Rahmenbedingungen wollen wir die Ansiedlung und Umsetzung des Plans in der zentralen Koordinierungsstelle auf Landesebene und in zentralen Fachstellen auf Bezirksebene festlegen. Hierbei müsste man sich entscheiden, ob die Kompetenz beim Bürgermeister oder in der zuständigen Senatsverwaltung für Soziales liegen soll. Eine Dopplung der Kompetenzen betrachten wir als nicht zielführend. Es sollte zudem ein eigenständiges Budget zur Umsetzung des Masterplans geben.

Im Masterplan wird die Schaffung von Wohnraum eher kommunal gedacht. Wir hingegen wollen nicht nur städtischen, sondern auch privaten Bau durch Bauförderung und Entbürokratisierung bzw. Flexibilisierung der Bauauflagen voranbringen. Wir wollen einen Mix aus kommunalen, privaten und genossenschaftlichen Wohnraum. Als zentrale öffentliche Anlaufstelle zur sozialen Wohnraumversorgung sehen wir die von uns geforderte zentrale Koordinierungsstelle. Die angedachten Sanktionen gegen Leerstand sehen wir kritisch.

Wir wollen vernünftige Rahmenbedingungen für Obdachlose und sehen 24/7 Notunterkünfte und ihre Angebote als funktionierendes Modell. Die klassische Kältehilfe hingegen war ein notwendiges Konstrukt, um Leben zu retten. Besonders das Instrument „Housing First“ sehen wir auch als wichtiges Fundament an. Wir fordern eine Verbesserung und Ausweitung dieses Instruments, wozu auch die Erhöhung von Kapazitäten gehört.

4. Was plant Ihre Partei (auch in Anbetracht des gekippten Mietendeckels) an Maßnahmen, um den Wohnungsmarkt in Berlin langfristig zu stabilisieren und für alle Menschen möglichst gerecht zugänglich zu machen?

Die FDP behält sich für einen stabilen und gerechten Wohnungsmarkt mehrere Maßnahmen vor. Zunächst braucht es einen runden Tisch mit allen Beteiligten (wie bspw. in Hamburg), wo Mieter und Vermieter auf Augenhöhe miteinander kommunizieren können. Die wichtigste Maßnahme ist jedoch das Bauen von neuen Wohnflächen, was einerseits durch einfach realisierbare Ausbauten (z.B. Dachaufstockungen) und andererseits durch eine Neubauoffensive erfolgen kann. Vor allem durch ein reichhaltiges Angebot können Mieten langfristig wieder günstiger werden.

Ferner werden die Bauverfahren immer umfangreicher und verhindern, dass neuer und bezahlbarer Wohnraum entsteht. Die Bezirke haben ihr Personal abgebaut mit der Konsequenz, dass 7 Bezirke eine Unterbesetzung in ihren Baubehörden melden. Generell können Bauvorhaben, die dutzende oder hunderte von Wohnungen schaffen könnten, nicht umgesetzt werden, weil bürokratische Probleme der Zuständigkeit, der Bezahlung oder auch der Fristeneinhaltung das Baurecht

verhindern oder das Bauplanverfahren verzögern. Die FDP zielt darauf ab, diese Vorgänge möglichst zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Zusammengefasst baut die RRG-Regierung zu wenig, was zu einem zu kleinen Angebot führt. Zudem treiben das Behörden-Ping-Pong und unnötig komplizierte und viel zu langwierige Bauverfahren die Mietpreise noch weiter in die Höhe.

5. Welche weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von wohnungslosen Menschen plant Ihre Partei für Berlin?

Wir Freien Demokraten wollen zunächst eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Ausgestaltung effektiver Präventions- und Hilfsangebote schaffen. Aus diesem Grund wollen wir zeitnah mit neuen statistischen Erhebungen als Grundlage für die politische Prioritätensetzung beginnen. Für eine gezielte Lösung und eine Bedarfsplanung brauchen wir demographische Daten, eine Analyse der Gründe des Wohnraumverlustes bzw. der Obdachlosigkeit und eine Erhebung über die momentanen verfügbaren Angebote.

Zu weiteren Maßnahmen gehört auch die Akzeptanz innovativer bzw. alternativer Wohnkonzepte, die zugleich platzsparend und lebenswert sind. Hierbei könnten sog. „Tiny Houses“ in bereits dicht besiedelten Gebieten eine Möglichkeit bieten, nachhaltigen, individualistischen sowie mobilen Wohnraum zu schaffen. Eine weitere Möglichkeit ist die Förderung der Schaffung von Wohngemeinschaften in Modulbauweise aus günstigen und langlebigen Materialien.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind Probleme, die nicht an der Landes- oder Bundesgrenze Halt machen, da viele Betroffene von Stadt zu Stadt ziehen. Zunächst brauchen wir eine deutschlandweite Herangehensweise für die Entwicklung statistischer Erhebungen und neuer Konzepte. Darüber hinaus muss das Problem jedoch europäisch angegangen werden, da viele Wohnungs- und Obdachlose EU-Ausländer sind. Da viele außerhalb ihrer Heimatländer keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, wollen wir für deren Unterstützung eine Kompetenzstelle nach Hamburger Vorbild, eine sogenannte „Servicestelle Arbeitnehmerfreizügigkeit“, einrichten, die über fremdsprachige Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie einer Arbeitsvermittlung, Rechtsberatung und Perspektivvermittlung verfügt. Diese soll auch bei Bedarf eine kostenlose Rückkehr ins Heimatland ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin  
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin